



Dampf Wolken steigen aus den Kühltürmen des Vattenfall-Kohlekraftwerks im sächsischen Boxberg. Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es Pläne, ältere Anlagen mit einer Klimaabgabe zu belegen. (Foto: dpa)

GNZ 21.3.15

# Gabriel will Abgabe für Kohlekraft

## Union und Industrie laufen Sturm gegen ein „Abschaltprogramm“ des Wirtschaftsministers

Von Reinhard Zweigler

**Berlin. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will mit einer neuen nationalen Klimaschutzabgabe den Ausstoß von Treibhausgasen alter Kohlekraftwerke drosseln, um die gefährdeten Klimaziele noch zu erreichen.**

Bis 2020 sollen die Emissionen aus den rund 500 fossilen Kraftwerken um 22 Millionen Tonnen zurückgefahren werden. Doch dagegen laufen sowohl die Union als auch die Wirtschaft Sturm. Ein für dieses Wochenende geplantes energiepolitisches Fachgespräch von Unions- und SPD-Abgeordneten wurde abgesagt.

Im Bundeswirtschaftsministerium betrachtet man die Aufregung dagegen gelassen. Es gebe keinen Grund zur Beunruhigung, hieß es gestern. Die neue Klimaabgabe soll nämlich nur von Betreibern gezahlt werden, deren Anlagen älter als 20 Jahre sind. Außerdem gebe es hohe Freibeträge.

90 Prozent der fossilen Stromerzeuger müssten keinen Beitrag leisten, heißt es in dem Eckpunktepapier aus dem Berliner Energieministerium. Und man verweist stöfisant auf einen Kabinettsbeschluss vom 3. Dezember 2014 zum deutschen Aktionsplan Klimaschutz, auf dem das jetzige Energiepapier aus

dem Gabriel-Ministerium fuße. Bis 2020 will die Bundesrepublik demnach weitere 78 Millionen Tonnen Treibhausgas einsparen, um das deutsche Klimaziel - 40 Prozent weniger im Vergleich zu 1990 - noch erreichen zu können.

Beim Wirtschaftsflügel der Union treffen Gabriels Vorschläge allerdings auf heftige Gegenwehr. „Das ist unterirdisch. Das werden wir so nicht mittragen“, schimpfte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer. Der Vorschlag des Ministers widerspreche allen bisherigen Verabredungen in der Koalition. „Da soll ein nationales Kohle-Abschaltprogramm instal-

liert werden“, echauffierte sich der CDU-Politiker. Genauso eindeutig fiel die Kritik des mächtigen Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aus. „Die einseitige nationale Belastung der Braunkohle durch einen zusätzlichen Klimaschutzbeitrag ist eine Doppelregulierung zum EU-Emissionshandel. Deutschland schädigt damit unnötig die Ertragskraft seiner wettbewerbsfähigen und kostengünstigen Kraftwerke. Diese zusätzliche Belastung gefährdet Arbeitsplätze in Energiewirtschaft und Bergbau, ohne dass dadurch eine einzige Tonne CO<sub>2</sub> eingespart wird“, monierte BDI-Präsident Ul-

rich Grillo. Auch dass die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung künftig auf eine Milliarde Euro pro Jahr begrenzt werden solle, findet der Industrieverband nicht in Ordnung. Auf der anderen Seite kritisierte die Umweltschutzorganisation Greenpeace Gabriels Vorschlag als „perfide Mogelpackung“. Die Klima-Abgabe für ältere Kraftwerke sei viel zu niedrig angesetzt.

So oder so wollen sich die Energiepolitiker der großen Koalition nun am kommenden Donnerstag mit Gabriels Eckpunktepapier beschäftigen. Eine Einigung sei da noch nicht zu erwarten, hieß es am Freitag aus Koalitions-